

Wissenschaftliche Round-Table-Konferenz

Demografievorsorge als Querschnittspolitik

Mittwoch, 12. Dezember 2012, 12.00 – 17.30 Uhr

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund

Luisenstraße 18, 10117 Berlin

Prof. Dr. Michael Hüther
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Prof. Dr. Gerhard Naegele
Universität Dortmund

„Demografievorsorge als Querschnittspolitik“

Thesen zum wissenschaftlichen Round Table – 12.12.2012 in Berlin

1. *Der demografische Wandel und insbesondere das Altern der Gesellschaft sind beachtliche Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland, doch nichts, was die Gesellschaft grundsätzlich bedrohen muss.* Es gibt hinreichend Gestaltungspotenzial. Allerdings greift eine isolierte, an klassischen Ressortzuschnitten ausgerichtete Politik zu kurz, sie verengt den Handlungsbereich insbesondere auf die Sozialpolitik und die Bildungspolitik. *Vorsorgende Demografiapolitik* muss angesichts von Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft nachhaltig Wachstumsdynamik mobilisieren, um den Handlungsspielraum künftiger Generationen so groß wie möglich zu machen. Dies entspricht einer allgemeinen Versicherung gegen Unvorhersehbares. Ebenso geht es darum, den demografischen Trend zu beeinflussen.
2. *Demografische Veränderungen betreffen sowohl die Gesellschaft als Ganzes als auch den einzelnen älter werdenden Menschen.* Insofern sind demografischer Wandel und kollektives Altern der Bevölkerung eine gesellschaftliche wie individuelle Gestaltungsaufgabe zugleich. Dabei sind den individuellen Gestaltungspotenzialen Grenzen gesetzt, u.a. durch Lebenslauf, sozialen Status, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit oder Regionalität bestimmt. Dennoch müssen beide Perspektiven in einer politisch überzeugenden Konzeption von Demografiapolitik gleichermaßen gewürdigt werden.
3. *Demografiapolitik analysiert unter Aspekten seiner politischen Gestaltbarkeit das gesamte Spektrum des demografischen Wandels* und der von ihm zentral berührten Bereiche einschließlich der Möglichkeiten einer Korrektur von solchen Maßnahmen, die als nicht angemessen eingestuft werden. *Demografiapolitik ist daher mehr als Familien-, Altenpolitik oder Migrationspolitik.* Auf der gesellschaftlichen Ebene geht es insbesondere um politische Gestaltung und Steuerung von Familie und Generationen, Wohnen, Infrastruktur, Zuwanderung, Arbeit und Wirtschaft, Alterssicherung, Gesundheit und Pflege sowie der entspre-

chenden Versorgungssysteme einschließlich der jeweiligen Zuständigkeits- und Finanzierungserfordernisse sowie ihrer stabilen ökonomischen Absicherung. Dabei geht es vor allem um das Aufzeigen von Handlungsoptionen und ihrer Folgeabschätzungen. Diese können sich sowohl auf die Hauptfaktoren des demografischen Wandels selbst (also Geburten, Alterung und Migration) als auch auf seine Konsequenzen beziehen.

4. *Demografiepolitik muss von der Lebenslaufperspektive des einzelnen Menschen ausgehen.* Dafür sollte der Begriff „Alter“ durch den des „Alterns“ ersetzt werden (6. Altenbericht). Der Potenzialdiskurs des Alterns bestärkt das individuelle Vertrauen und fordert die individuelle Verantwortung. Demografiepolitik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der/die einzelne demografisch veränderte Lebensphasen, Lebenslagen und damit verbundenen individuelle Herausforderungen – kurzum die Konsequenzen des langen Lebens – nicht nur zufriedenstellend bewältigen, sondern den demografischen Wandel annehmen, ernst nehmen und mitgestalten kann. Ohne die aktive Beteiligung der betroffenen Menschen selbst – idealerweise eingebunden in bürgerschaftlichen Strukturen – die gesamtgesellschaftliche Dimension von Demografiepolitik nicht hinreichend zu Tragen kommen kann.
5. *Demografiepolitik ist stets eingebettet in eine Generationenperspektive, d.h. muss um einen fairen Ausgleich zwischen den verschiedenen Generationen bemüht sein und auf Generationengerechtigkeit zielen.* Demografiepolitik ist somit immer auch Generationenpolitik. Sie muss sich auf verändernde und insbesondere längere Lebensläufe beziehen, muss sie mitgestalten und sowohl ihre „Modernisierung“ als auch ihre vor allem in den späten Phasen wachsende „Verletzlichkeit“ stützen und sozial absichern. Zugleich muss sich Demografiepolitik bei begrenzten Eigensorgefähigkeiten und -möglichkeiten dem Postulat einer umfassenden staatlichen Daseinsverantwortung und -vorsorge unterordnen. Hier liegt die Hauptverantwortung für demografiepolitisches Handeln. Adressiert sind dadurch vor allem die Kommunen.
6. *Die Komplexität einer Demografiepolitik rechtfertigt es, Demografie als eigenständiges Politikfeld zu etablieren, und zwar sowohl thematisch als auch institutionell.* Es geht um die systematische und aufeinander abgestimmte Umsetzung

von ressortübergreifenden Politikzielen und Politikbereichen. Erstere sind erst noch überzeugend zu entwickeln, um darauf aufbauend Handlungsräume zu identifizieren und Gestaltungsansprüche für Demografiepolitik zu begründen. Das vorliegende Buch „Demografiepolitik“ versucht eine erste Standortbestimmung, es versteht sich auch als kritisches Korrektiv der bislang eingeleiteten Maßnahmen und fordert überdies zu einem über die bundespolitische Ebene hinausgehenden gesellschaftlichen Diskurs auf. Im hochsensiblen, die gesamte Gesellschaft betreffenden Bereich der demografischen Entwicklung und einer darauf bezogenen Politik sollte ohnehin versucht werden, eine möglichst breite Zustimmung zu erhalten.

7. *Demografiepolitik als Zuweisung von Verantwortlichkeiten und Gestaltung von Prozessen muss sich auch institutionell prominent und strategisch verorten: Gefordert ist ein eigenständiges Demografieressort und dessen strategische Vernetzung mit allen übrigen betroffenen Politikfeldern. Um im Bundesstaat erfolgreich agieren zu können, sollte eine Demografieministerkonferenz etabliert werden, auf der hochgradig arbeitsteiligen kommunalen Ebene ist eine institutionelle Verankerung durch intrakommunale Koordination unerlässlich. Die bereits mit dem Demografiebericht der Bundesregierung eingeleitete Demografieberichterstattung gilt es auf den relevanten politischen Ebenen zu ergänzen um ein Screening jeder Politikmaßnahme in Bezug auf ihre Demografiefestigkeit, sowie dies bereits die Demografie-Enquete-Kommission in ihrem Anschlussbericht 2002 gefordert hat.*

8. *Die Erfolgsaussichten einer Demografiepolitik hängen nicht zuletzt davon ab, ob und inwieweit in der breiten Bevölkerung ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen und eine zuversichtliche Perspektive für deren Bewältigung vorhanden sind. Dies erfordert u.a. auch neue Leitbilder insbesondere für eine alternde Gesellschaft, so wie sie z.B. im 6. Altenbericht mit den Konzepten der Selbstverantwortung und Mitverantwortung insbesondere im gesellschaftlichen Raum vor allem mit Blick auf die wachsende Heterogenität und die Verletzlichkeit des hohen Alters eingeführt worden sind. Aus diesen Orientierungen leiten sich zwei Handlungsorientierungen ab: zum einen die Verantwortung des einzelnen für die Gestaltung seines Lebenslaufs, zum anderen die Vorleistungsverpflichtung der Gesellschaft zu ihrer Ermöglichung.*